

***Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft***

IV/1997

DIE OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 1996

MUSICA PRO PACE 1996

***BEITRÄGE ZUM SCHWERPUNKTTHEMA:
KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG UND DESERTION***

MATERIALIEN UND DOKUMENTE

**herausgegeben vom
Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück und dem
Präsidenten der Universität Osnabrück**

Universitätsverlag Rasch Osnabrück



Der Kaukasienkonflikt aus der Sicht einer früheren Republik der Sowjetunion

Vortrag im Ratssitzungssaal des Rathauses am 11. Dezember 1996 – Bericht

Nach dem Zerfall der früheren Sowjetunion ist der geographische Raum zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer im Süden der ehemaligen Großmacht zur Krisenregion geworden. Die Erringung nationaler Unabhängigkeit war seither das politische Ziel einer Reihe von ehemaligen Sowjetrepubliken und autonomen Gebieten. Die maßgeblichen politischen Kräfte in der russischen Hauptstadt haben diesen Prozeß durch die ›Überleitung‹ ehemaliger realsozialistischer Führungseliten ebenso wie durch wirtschaftliche und militärische Einflußnahme zu steuern versucht. Das Ziel dabei war und ist die Schaffung politisch stabiler Partnerstaaten, deren volkswirtschaftliche Struktur weiterhin bevorrechtigt der russischen Außenwirtschaft zugänglich und dienlich bleibt.

Die schweren Krisenerscheinungen dieser Nach-Perestroika-Politik sind der Weltöffentlichkeit nicht verborgen geblieben: militärische Auseinandersetzungen, deren Formen von bewaffneten Überfällen, Vertreibungen von Bevölkerung, Geiselnahmen, Straßenkämpfen, Bombardierungen bis hin zu regelrechten Feldschlachten reichten. Der Tschetschenienkrieg, den die russische Armee gegen aufständische Unabhängigkeitskämpfer in der Region am nördlichen Kaukasus-Vorland austrug, war die jüngste und blutigste Auseinandersetzung, die zur Erschütterung der russischen Zentralmacht selber führte. Die an Rumänien angrenzende Republik Moldawien und das ans Schwarze Meer grenzende Georgien waren bereits früher Schauplätze ähnlicher militärischer Auseinandersetzungen.

Aber vor allem war es der Konflikt zwischen den transkaukasischen, an der Grenze zur Türkei und dem Iran gelegenen Staaten Aserbaidschan und Armenien um die Herrschaft über das Gebiet Berg Karabach, der auch im Westen die Sorge wachsen ließ, welche Zukunft die Südregion des ehemaligen sowjetischen Einflußbereiches haben würde. Bereits das zaristische Rußland unterwarf sich die Gebiete beider Staaten und machte die Bewohner zu seinen Untertanen. Der nach der Oktoberrevolution auch hier errichteten Sowjetmacht galten die historisch gewachsenen, kulturell eigenständigen Völkerschaften unterschiedlichen religiösen Bekenntnisses als gleichberechtigte künftige ›Sowjetvölker‹. Bestehende Rivalitäten und Ressentiments wurden dabei mehr zugehört als aufgearbeitet. Nach dem Ende der Union sind die historisch gewachsenen, kulturellen und ethnischen Bezüge wieder in die Rolle der Begründung einer jeweils neuen, unabhängigen Staatlichkeit getreten. Das international beanspruchte *Selbstbestimmungsrecht der Völker* beglaubigt diesen Prozeß der Herstellung staatlicher Souveränität.

Für die gegenwärtigen politischen Entwicklungen in der Region – darauf weist in seiner Einführung Prof. Dr. Mohssen Massarrat als Gesprächsleiter hin – sind die beachtli-

chen Öl- und Gasreserven dieser Weltregion zunehmend wichtig geworden. Ihre Bedeutung für die OECD Staaten werde, einschlägigen Energiebedarfsprognosen zufolge, im nächsten Jahrhundert noch größer werden. Die Frage des Verlaufs künftig zu bauender Erdölpipelines bestimmt bereits jetzt die strategischen Überlegungen nicht nur der Konfliktparteien in der Region, sondern auch die der westlichen Industrienationen.

Hüsein-aga Ssadigow, Botschafter der aserbaidischen Republik in Bonn, betont mit Nachdruck die historisch gewachsene Westorientierung seines Landes, die ihren Ausgang im Zuge der Erschließung der Rohstoffquellen am Kaspischen Meer seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts genommen hat. Zu den frühen westeuropäischen Interessenten an einer wirtschaftlichen Erschließung der Region und insbesondere ihrer Rohölquellen zählten neben Namen wie Nobel und Rothschild auch deutsche Prospektoren und Industrielle wie etwa die Brüder Siemens, die hier in den Bau von kommunikationstechnischen Anlagen investierten. Der nachhaltige Einfluß des Westens sei auch in kultureller Hinsicht bis heute spürbar.

Für das gegenwärtige Aserbaidischland, die am 30. September 1991 ausgerufene und durch einen parlamentarischen Verfassungsakt am 18. Oktober 1991 begründete Aserbaidischlandische Republik, bietet die erste, von 1918 an bis zum Einmarsch bolschewistischer Truppen im Jahr 1920 bestehende demokratische Republik, die bereits ein Mehrparteiensystem vorsah, einen politisch-historischen Anknüpfungspunkt. Das heute geltende »Programm nationaler Wiedergeburt« steht im Zeichen politischer und ökonomischer Transformationen mit dem Ziel der Entwicklung hin zu einem demokratischen Rechtsstaat auf der Grundlage einer sozialen Marktwirtschaft. Im Dezember 1995 sind erstmals wieder demokratische Parlamentswahlen abgehalten worden; über den Entwurf zu einer neuen Verfassung hat ein allgemeines Referendum stattgefunden. Aserbaidischland ist der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) beigetreten. Mit Antritt der Regierung des Staatspräsidenten Alijew in der zweiten Jahreshälfte 1993 können auch die innenpolitischen Verhältnisse als stabilisiert gelten.

Ein wirtschaftspolitisches Kennzeichen des Wandels ist das hohe Maß bisher erfolgter Privatisierungen: Der Botschafter nennt einen Wert von mehr als 50 Prozent. Der wirtschaftliche Aufbau nach der Zerstörung der Planwirtschaft sei nicht einfach zu bewerkstelligen. Die Kennzahlen von nur 2 Prozent Inflation und einer Wirtschaftsleistung von bereits wieder 40 Prozent des früheren Niveaus ließen indessen hoffen. Die wichtigsten wirtschaftlichen Perspektiven gründen sich auch künftig auf die Verwertung der reichen Erdölvorkommen des Landes. Ein im September 1994 geschlossenes *joint venture* mit Ölfördergesellschaften aus zehn Ländern beinhaltet Förderverträge über mehr als 550 Millionen Tonnen mit einem Volumen von 7,8 Milliarden Dollar für eine Dauer von 30 Jahren. Die ergiebigen Ölreserven der Region lassen nicht nur auf Seiten der westlichen Handelsnationen eine strategische Betrachtungsweise der Kaukasusregion entstehen. »Betonköpfe« und »Ewig-Gestrige« des Moskauer Machtzentrums, insbesondere im Generalstab, haben die Unabhängigkeitsbestrebungen in der Region zum Anlaß genommen, auf eine Verstärkung russischer Militärpräsenz hinzuwirken.

Die künftige politische Zugehörigkeit der Autonomen Region Berg Karabach mit ihren insgesamt 192.000 Einwohnern – dazu rechnen 100.000 Armenier, 50.000 Aserbaidischlandische und 42.000 Angehörige anderer Nationalitäten – wurde mit der Auflösung der Sowjetunion zur Disposition gestellt. Infolgedessen war sie Gegenstand politisch-militärischer Auseinandersetzungen, als dort mehrheitlich der Austritt aus der Aserbaidischlandischen Republik beschlossen wurde und die Republik Armenien ihrerseits die

Bereitschaft zur Eingliederung des Gebietes in ihr Staatsgebiet verkündete. Armenische Truppen begannen mit der Besetzung der Region und angrenzender Rayons Aserbaidshans; Vertreibungen, die wie im ehemaligen Jugoslawien als »ethnische Säuberungen« angelegt waren, ließen mehrere hunderttausend Bewohner der Grenzregion heimatlos werden. Der Botschafter, damals als Außenminister des Landes selbst teilweise Augenzeuge der Vorgänge, beziffert die Opfer der kriegerischen Auseinandersetzungen auf aserbaidshanischer Seite mit 16.000 Toten und 66.000 Verwundeten. Das aserbaidshanische Staatliche Komitee für Statistik zählte 600.000 Vertriebene, 700 geplünderte, zerstörte und verbrannte Siedlungseinheiten sowie massive ökologische Schäden und schätzte den Verlust von gesellschaftlichem und privatem Eigentum auf über eine Milliarde US-Dollar.

Die aserbaidshanische Regierung macht für die Entwicklung neben interessierten russischen Militärkreisen wachsende, aus dem Ausland unterstützte, nationalistische Bestrebungen in Armenien verantwortlich, für die die Vertreibungen und Pogrome an Armeniern zu Beginn des Jahrhunderts den besonderen historischen Hintergrund bilden.

Die Regierung Aserbaidshans vertritt u.a. bei internationalen diplomatischen Zusammenreffen wie der Weltmenschensrechtskonferenz in Wien im Juli 1993 die Rechtsposition, daß die armenische Bevölkerung in der Region Berg Karabach als »nationale Minderheit« anzusehen sei, nicht aber befugt sei, unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker eine Loslösung von Aserbaidshans zu betreiben. Dieser in der UN-Charta kodifizierte Rechtstitel, mit dem »einem unter kolonialer oder halbkolonialer Herrschaft stehenden Volk, das sein Geschick selbst bestimmt, der Schutz des Völkerrechts und die Gewährleistung des internationalen Friedens« zugesichert sei, könne für den armenischen Bevölkerungsteil Berg Karabachs nicht beansprucht werden. Dessen Selbstbestimmungsrecht – anders als das der Tschetschenen, denen ein eigener Staat bislang verwehrt war – sei bereits in der Armenischen Republik verwirklicht. Die aserbaidshanische Regierung habe für ihre Position in diesem Konflikt auch die Unterstützung der OSZE gewonnen. Insbesondere die ohne Ansehen von vier UN-Resolutionen (Nr. 822, 853, 874, 884) und einem Beschluß des UN-Sicherheitsrates (vom 30. 4. 1993) andauernde Okkupation von aserbaidshanischem Staatsgebiet durch armenische Truppen sei wiederholt verurteilt worden; so habe die aserbaidshanische Forderung auf Wiederherstellung der territorialen Integrität des Landes zuletzt auf dem Gipfeltreffen der 54 Mitgliedsstaaten der OSZE in Lissabon vom 2.-3. Dezember 1996 große Unterstützung erfahren.

Bereits seit März 1992 bemüht sich eine kleinere Gruppe von OSZE-Mitgliedsländern – die sogenannte »Minsker Konferenz« mit Vertretern aus neun Ländern, darunter Armenien und Aserbaidshans – um eine friedliche Beilegung des Konflikts. Die maßgebliche Beteiligung des deutschen Außenministeriums daran sei sehr hilfreich. Der seit dem Mai 1994 geltende Waffenstillstand bedeute einen Fortschritt im Verhältnis der beiden Staaten Armenien und Aserbaidshans. Von einem Frieden sei man aber dennoch weit entfernt: die Zeit werde auf beiden Seiten dazu genutzt, das eigene militärische Potential zu verstärken.

Beiderseitiges Interesse insbesondere am Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen – sprich: der Errichtung und dem Betrieb von Ölpipelines mit Zielhäfen an der Küste des Schwarzen Meeres oder über türkisches Gebiet an die des Mittelmeeres – müsse es aber sein, den Konflikt endlich friedlich auf dem Verhandlungsweg beizulegen. Mehr als 50 Milliarden Barrel Ölreserven in Aserbaidshans ermöglichten der ganzen Region Transkaukasien, ihre Brückenfunktion zwischen Orient und Okzident auszubauen, die Sozial-

und Bildungssysteme weiterzuentwickeln und den Lebensstandard ihrer Bewohner zu erhöhen. Der Botschafter unterstreicht seine Hoffnung und Zuversicht, daß diese Entwicklungsmöglichkeiten schließlich dazu beitragen werden, den Konflikt friedlich zu lösen. Ein Krieg zerstöre diese Chancen auf seiten aller Beteiligten nachhaltig.

Dr. Henning Buck